

WERTPAPIERE & KAPITALMARKT

Win-win für
Vorsorge und grüne
Transformation



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



DATENRÄUME
Interview: Was „Marktplätze“
für Daten bringen

Seite 4



AUFSICHTSRÄTINNEN
Der erste Jahrgang des
Sparringprogramms

Seite 5



NIEDERÖSTERREICH
Große Bühne
für nachhaltige Betriebe

Seite 11

Indien als neuer Partner für Fachkräfte und Handel

Für die EU ist der Markt mit 1,4 Milliarden Einwohnern aus mehreren Gründen spannend.



Tatsächlich erstarbt mit Indien eine wirtschaftliche Großmacht, die in Asien ein Gegengewicht zu China bildet. Die EU hat dies richtig erkannt und möchte die Gespräche zum EU-Indien-Handelsabkommen finalisieren sowie durch die neue EU-Initiative „Global Gateway“ eine stärkere Verbindung mit Indien erreichen.

Mit einem Wachstum von durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr ist Indien eine rasant wachsende und mittlerweile die fünftgrößte Volkswirtschaft der Erde. Der Markt mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern ist für die EU derzeit der zehntgrößte Handelspartner, umgekehrt ist die EU der drittgrößte Exportmarkt für Indien. „Für beide Seiten gibt es große Potenziale, aber für die europäische Industrie auch große Hürden, etwa bei hohen Zöllen für den Automobilssektor“, sagt Michael Löwy, Bereichsleiter Internationale Beziehungen und Märkte bei der IV. 2021 betrug das Warenhandelsvolumen zwischen beiden Seiten rund 88 Milliarden Euro; der Handelsumsatz zwischen Indien und Österreich liegt bei rund 2,15 Milliarden Euro. Mehr als 150 österreichische Unternehmen sind derzeit in Indien vertreten.

Wirtschaftsraum der Zukunft

Angesichts der geopolitischen Herausforderungen und des großen Potenzials im Handel hat die EU Mitte des vergangenen Jahres nach achtjähriger Pause die Verhandlungen über ein Abkommen wieder aufgenommen. „Bisher kommen die Gespräche eher schleppend voran – als größte Hürden gelten Indiens Schutzzollpolitik und unterschiedliche Ansichten in den Punkten Klima und Nachhaltigkeit“, erklärt Löwy. Zudem versucht die EU mit dem Projekt „Global Gateway“, die Zusammenarbeit zu stärken: Bis 2027 sollen bis zu 300 Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte in Schwerpunktregionen investiert

werden. Asien ist der Wirtschaftsraum der Zukunft und Europa sollte dort eine aktive Rolle einnehmen.

Nicht nur als Handelspartner wird Indien derzeit von europäischen Regierungschefs umgarnt: Deutschlands Kanzler Olaf Scholz warb Ende Februar auf einer Indienreise für Deutschland als Standort für IT-Fachkräfte, die dort dringend gebraucht würden. Vergangenes Jahr erteilte die Botschaft in Neu-Delhi nach eigenen Angaben rund 2.500 bis 3.000 Fachkräften ein Visum, darunter waren vor allem IT-Fachkräfte. Heuer soll die Zahl deutlich steigen – Deutsch gelernt werden könne später, betonte Scholz, denn in der IT sei Englisch ohnehin eine gängige Sprache.

800 RWR-Karten

Besagtes Anliegen haben auch andere europäische Länder in Indien. In Österreich entstehen im Bereich der Schlüsseltechnologien, wo IT eine wesentliche Rolle spielt, bis 2029 insgesamt 58.000 zusätzliche Arbeitsplätze, die durch die angespannte Situation am heimischen Arbeitsmarkt kaum besetzt werden können. In Indien ist die Bevölkerung vergleichsweise jung; für die vielen jungen IT-Fachkräfte gibt es im Inland aber kaum genug Arbeitsplätze.

Wie Deutschland versucht daher auch Österreich, ein entsprechendes Abkommen zu schließen. Außenminister Alexander Schallenberg und sein indischer Kollege

Subrahmanyam Jaishankar hatten zu Jahresbeginn eine „Migrations- und Mobilitätspartnerschaft“ auf den Weg gebracht, die unter anderem einen Zielwert von 800 Rot-Weiß-Rot-Karten an Fachkräfte aus Indien vorsieht. Das Abkommen muss von beiden Seiten noch abgesegnet werden. „Dieses Abkommen zeigt klar, dass es bei allen Differenzen gelingen kann, Punkte zu finden, in denen beide Seiten von einer Partnerschaft profitieren“, sagt Löwy.



GASTKOMMENTAR

Unternehmer sind die besseren Botschafter

Der Streit zwischen West und Ost macht Österreich wieder zu einem wichtigen Knotenpunkt.

Export ist das Zauberwort der Stunde. Immerhin erhoffen sich die heimischen Wirtschaftsvertreter für das laufende Jahr 2023 bereits das Knacken der 200-Milliarden-Euro-Schallmauer am Gütermarkt. Dass hinter diesen sperrigen Zahlen aber auch mehr als 63.000 heimische Klein-, Mittel- und Großbetriebe und fast ebenso viele fleißige und gewiefte Unternehmerinnen und Unternehmer stehen, rückt oftmals in den Hintergrund. Sie, meine Damen und Herren, sorgen aber für diesen Erfolg und tragen das österreichische Fähnchen mit der Qualität Ihrer Produkte und Dienstleistungen „made in Austria“ in die weite Welt hinaus.

Doch Deals im Ausland sind nicht immer unumstritten, oft hängt der Erfolg politisch gesehen am seidenen Faden. So muss man etwa auch das höchst umstrittene Geschäft der Raiffeisen Bank International in Russland einfach zur Kenntnis nehmen.

Während der internationale Druck weiter steigt und die US-amerikanischen Behörden in Alarmstimmung verfallen, leistet die Bank jedoch ein Vielfaches mehr in Sachen

„Doch Deals im Ausland sind nicht immer unumstritten – oft hängt der Erfolg politisch gesehen am seidenen Faden.“

Neutralität und Diplomatie als unsere Spitzenpolitik. Die russische Raiffeisen-Tochter wickelt ja dem Volumen nach auch satte 25

Prozent der Überweisungen in Euro nach Russland sowie 30 Prozent des Zahlungsverkehrs im SWIFT-System in Richtung US-Dollar und Euro ab. Keine Kleinigkeit!

Der russische Angriffskrieg muss mit allen diplomatischen Mitteln verurteilt werden, doch ein Rückzug oder das schlichte Weglaufen der heimischen Unternehmen sorgen nicht für mehr internationale Anerkennung oder großen Beifall, sondern für schnellen Ersatz aus anderen Gefilden. Folge: Kein Rubel, der rollt, und schlussendlich auch kein Plus für den heimischen Steuereintreiber. Von den Auswirkungen auf unser Image am weltweiten Parkett ganz zu schweigen. Ob China, Indien und Co einen rot-weiß-roten Knicks vor den Amerikanern goutieren, darf jedenfalls stark bezweifelt werden. Fakt ist, der Streit zwischen West und Ost macht Österreich wieder zu einem wichtigen Knotenpunkt. Das Erfolgsrezept ist aber nicht wegducken, sondern aktiv handeln – egal womit, außer mit Waffen.



Josef Poyer, Redakteur für Chronikales bei der Kronen Zeitung.

Fotos: IV/Matarnovic, Reinhard Heil

Ein deutlicher Anreiz für Eigenverantwortung

Die Behaltefrist für Aktien bedient gleich zwei Dimensionen der Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Raus aus dem Krisenmodus! Wir müssen uns wieder den Zukunftsfragen widmen und zu einem gesunden Maß an Eigenverantwortung zurückfinden.“ Diese wichtigen Worte von IV-Präsident Georg Knill bei seinem Auftritt in der ORF-Pressesendung können gar nicht oft genug betont werden. In den vergangenen Jahren haben Ausnahmesituationen den Ruf nach dem Staat notwendig gemacht. Die Vollkasko mentalität darf aber keinesfalls zum Normalzustand werden. Wenn das auch die Regierung so sieht (und davon sollte man gerade angesichts der Belastungen des öffentlichen Budgets ausgehen können), muss sie einen wichtigen Baustein dafür jetzt umsetzen: Die Behaltefrist für Aktien bedient nämlich gleich zwei Dimensionen der Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen und harrt unverständlicherweise im Regierungsprogramm ihrer Umsetzung.

Erstens stärkt eine steuerliche Begünstigung langfristiger Aktiengewinne den Kapitalmarkt und öffnet damit den Zugang zu privatem Kapital, um die wichtigen Bausteine der Zukunft zu finanzieren: Innovation, Digitalisierung, grüne Transformation. Diese Bereiche allein mit Steuergeld finanzieren zu wollen ist budgetär nicht leistbar, insbesondere, wenn wichtige Kernaufgaben der öffentlichen Hand ausreichend dotiert werden.

Darüber hinaus zeigt das aktuelle Aktienbarometer, dass Aktienbesitz längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist (siehe Coverstory, Seite 6-7). Das ist gut, denn langfristige und breit gestreute Investments in Aktien gelten – das ist die zweite Dimension – als wichtiger Baustein für eine solide Altersvorsorge.

Als alternde und schrumpfende Gesellschaft werden wir uns das ohnehin schon teure staatliche Pensionssystem nicht mehr lange in diesem Umfang leisten können. Altersarmut ist kein Zukunftsthema, sondern besonders für viele Frauen längst Realität, und (auch das zeigt das Aktienbarometer) sie investieren in zunehmendem Ausmaß in Wertpapiere.

Mit einem Entfall der derzeitigen Besteuerung von Aktiengewinnen über 27,5 Prozent (!) bei langfristigen Investments würden wir Eigenverantwortung belohnen und mehr Geld mobilisieren – für Innovationen und private Altersvorsorge.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



IV-MEINUNG



„Die Chancen liegen zum Greifen nahe – packen wir sie nicht an, tut es jemand anderer. Die EU wäre jetzt der erste Handelspartner, der mit Mercosur-Staaten ein Wirtschaftsabkommen abschließt.“

IV-Präsident Georg Knill in der ORF-Pressesendung zum Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten.



„Im Endeffekt geht es darum, dass genug gearbeitet und geleistet wird, um den Sozialstaat zu erhalten.“

Monika Köppl-Turyna vom Forschungsinstitut Eco Austria zur aktuellen Debatte rund um die Arbeitszeit.



„Die weiterhin hohe Teuerungsrate ist unter anderem auf Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Haushaltsenergie und Bewirtung zurückzuführen.“

Tobias Thomas, Generaldirektor Statistik Austria

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 28. Februar war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

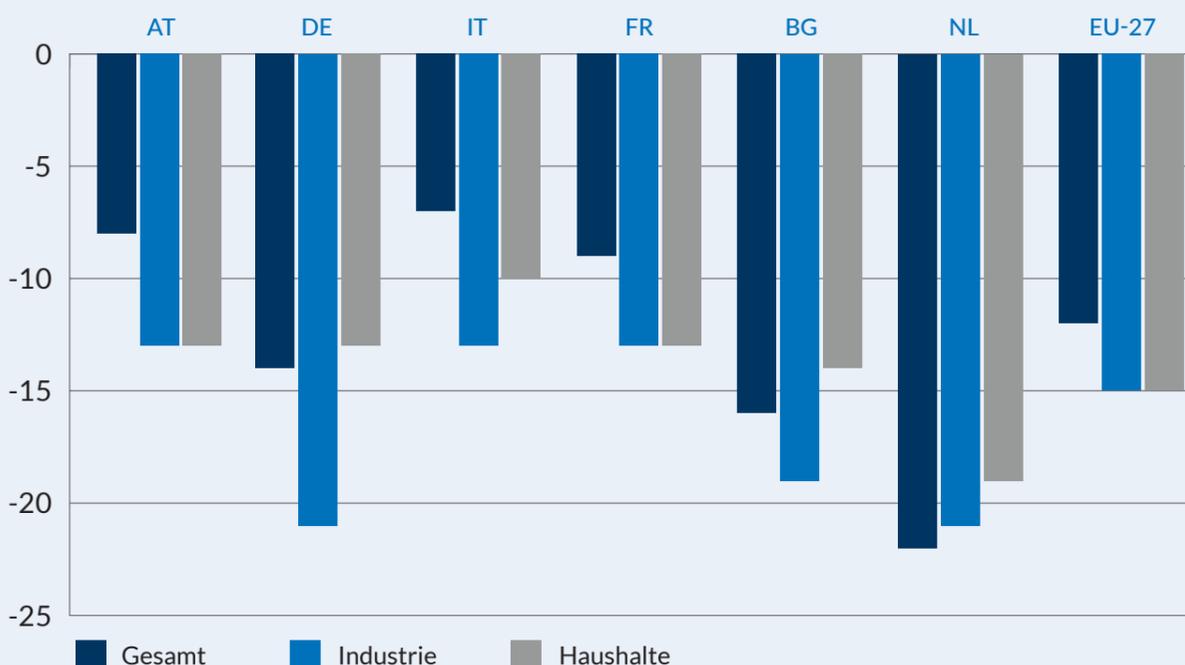
GRAFIK DES MONATS

Die Erdgasnachfrage ist in ganz Europa im vergangenen Jahr unter dem Eindruck der Folgen des Ukrainekriegs stark gesunken. In Österreich wurden in der Industrie 13 Prozent weniger Erdgas benötigt als

durchschnittlich in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg. Die EU ist zwar weiterhin von Einfuhren fossiler Brennstoffe abhängig, aber sie diversifiziert laufend ihre Gaslieferanten. Gas wird hauptsächlich für die

Stromerzeugung, die Haushaltsbeheizung und industrielle Prozesse verwendet. Mehr als 30 Prozent der Haushalte in der EU nutzen laut Eurostat Gas, um ihre Wohnungen zu beheizen.

Erdgasnachfrage 2022 gegenüber dem Durchschnitt aus 2019–2021 (in Prozent)



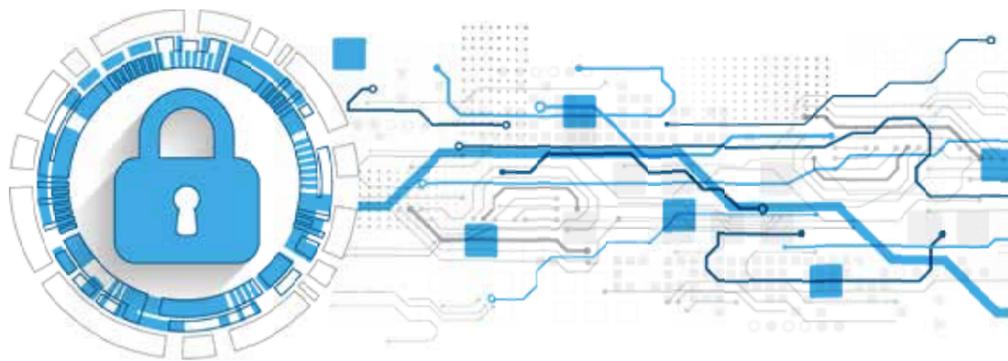
ZAHL DES MONATS

9.147

So viele Lehrstellen waren im Februar laut AMS in Österreich offen. Demgegenüber standen lediglich 5.560 Lehrstellensuchende. Diese Zahlen machen den aktuellen Arbeits- und Fachkräftemangel besonders deutlich – Lehrlinge sind die Arbeitskräfte der Zukunft. Die IV setzt sich intensiv dafür ein, dass das Image der Lehre verbessert wird und angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt Leistungspotenziale in Österreich gehoben werden; sei es durch die steuerliche Begünstigung von Überstunden und der Arbeit über das Pensionsalter hinaus oder einen Freibetrag beim Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit.

Der eklatante Lehrlingsmangel, vor allem in MINT-Berufen, und die Auswirkungen der mannigfaltigen Krisen auf die Ausbildungsbetriebe rechtfertigen aus Sicht der IV auch eine neu einzuführende steuerliche Unterstützung der Lehrausbildung.

Datensouveränität sichert Wettbewerbsfähigkeit Europas



Helmut Leopold leitet am AIT das Center for Digital Safety & Security und spricht im Interview darüber, wie Unternehmen von Datenräumen profitieren können.

Kürzlich fand das Kick-off von EDDIE, einer vom AIT koordinierten Initiative zur Schaffung eines europäischen Energiedatenraums, statt. Was genau verstehen Sie unter einem Datenraum und wo liegen die konkreten Mehrwerte für Unternehmen?

Helmut Leopold: Der Begriff „Datenraum“ beschreibt Daten als auch Onlinedienste, Vereinbarungen, Regeln und Standards, um einen Datenaustausch nach kommerziellen Mechanismen zwischen verschiedenen Teilnehmenden im Datenraum zu ermöglichen und dadurch von globalen Monopolanbietern unabhängig zu werden. Wichtige Designprinzipien dafür sind die Sicherstellung von Datensouveränität durch föderierte IT-Architekturen, damit die Kontrolle über die Verwendung der Daten bei den Datenbesitzern bleibt. Unternehmen können darin vergleichbar mit Marktplätzen über Online-Plattformen einfach benötigte Daten finden, diese online erwerben und sie mit eigenen Daten verknüpfen und verarbeiten, um neue Geschäftsmodelle oder Produktvorteile zu realisieren.

sind weitreichende Open-Source-Entwicklungen im Gange, damit Unternehmen aus den unterschiedlichsten Domänen ein einfacher Einstieg bei der Nutzung und für die Gestaltung der neuen Datenservices ermöglicht wird. In anderen Domänen wie Energie, Mobilität oder Gesundheit, aber auch sektorübergreifend, sind ebenfalls europäische Initiativen in Umsetzung. Der Gaia-X Hub Austria unterstützt Unternehmen, um an diesen Initiativen teilzunehmen und Potenziale für ihre eigenen Geschäftsbereiche abzuleiten.

Unternehmen sollten in der ersten Phase das Informationsangebot des Gaia-X Hubs Austria nutzen, um erste Erfahrungen zu sammeln und einen Beitrag zur Definition von Unternehmensstrategien zu erhalten. In der zweiten Phase ist die Teilnahme an Pilot- und Evaluierungsprojekten auf nationaler oder EU-Ebene empfehlenswert.

Welche Bedeutung hat die Datensouveränität für Europa? Welche Rolle kommt Initiativen wie Gaia X zu und wie wirkt dabei der Gaia-X Hub Austria?

Eine nachhaltige Datensouveränität Europas ist eine unverzichtbare Grundlage für die positive Entwicklung unserer freien Demokratie als auch für die Sicherstellung einer globalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsraums.

Der Gaia-X Hub Austria positioniert sich dabei als Serviceorganisation für österreichische Unternehmen. Einerseits werden dadurch Informationen, Wissen und verfügbare neue Technik und neue Services sowie Beispiele neuer Geschäftsmodelle

vermittelt, andererseits wird bei der Vernetzung zu nationalen oder EU-weiten Aktivitäten unterstützt.

Wo stehen österreichische Unternehmen und Organisationen im Bereich Datennutzung und in welchen Bereichen sehen Sie Handlungsbedarf? Was raten Sie Unternehmen?

Erste österreichische Unternehmen sind bereits bei entsprechenden EU-Innovationsinitiativen zur Schaffung von Datenmärkten in einer führenden Rolle eingebunden. Auch verschiedene Forschungseinrichtungen haben schon Know-how und Kompetenzen in Österreich aufgebaut. Wir empfehlen Unternehmen, diese Möglichkeiten zu nutzen und sich in diesen Initiativen aktiv einzubringen.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Durch die Unterstützung des Gaia-X Hub Austria, initiiert durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK, Anm.) als auch durch das Staatssekretariat für Digitalisierung und Telekommunikation, konnte im EU-Vergleich ein Vorzeigemodell für die Unterstützung der lokalen Wirtschaft etabliert werden.

Im nächsten Schritt ist es wichtig, aktiv nationale Fördermaßnahmen zu gestalten, damit österreichische Organisationen sich in diesen neuen Daten-Ökosystemen im internationalen Kontext positionieren können. Zusätzlich ist die Einbindung von öffentlichen Organisationen als Datenprovidern in zukünftigen Datenmarktplätzen eine Voraussetzung dafür, um unsere globale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

STICHWORT GAIA X

Gaia X ist ein europäisches Projekt zur Schaffung eines föderierten und sicheren Datenökosystems, basierend auf europäischen Werten. Gaia X sieht ein faires und offenes Modell vor, auf dessen Basis Organisationen, Unternehmen und Nutzer Daten austauschen und Daten-Geschäftsmodelle aufbauen können, gleichzeitig aber die Kontrolle über ihre Daten behalten. Als zentrale Anlaufstelle in Österreich agiert der Gaia-X Hub Austria, koordiniert durch das AIT. www.gaia-x.at

Welche konkreten Best-Practice-Beispiele für Datenräume – zum Beispiel in Produktion, Mobilität, Gesundheit – gibt es bereits und wie können sich österreichische Unternehmen daran beteiligen?

Bisher sind die Bereiche Automotive und Produktion Vorreiter, um Ansätze für die Verbesserung von Ressourcenmanagement, Lieferketten oder die Schaffung neuer Produktangebote zu erreichen. Ein konkretes Beispiel sind Produktpässe, die alle Daten eines Produkts im Lebenszyklus verbinden. Damit können Prozesse während des Betriebs bis hin zum Recycling optimiert werden. Derzeit

EXPERTENMEINUNG

Neuer Forschungsrat wird auf den Weg gebracht

Bei der Neubesetzung der Ratsversammlung sind starke Stimmen für Technologiepolitik erforderlich.



Iris Fischl-Ruhland, Expertin aus dem IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation.

Die Zusammenlegung des bisherigen Rats für Forschung und Technologieentwicklung, des Wissenschaftsrats und des bereits aufgelösten ERA Council wurde bereits in der Zukunftsoffensive für Forschung, Technologie und Innovation (2018) und im Regierungsprogramm (2020-2024) verankert. Anfang Februar wurde nun das Errichtungsgesetz für den neuen Forschungsrat („FWIT-Rat“) im Ministerrat verabschiedet. Das neue Beratungsgremium der Bundesregierung wird den gesamten Innovationsbogen abdecken. Nächste Station ist das Parlament – voraussichtlich im März dieses Jahres.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund geopolitischer Herausforderungen und rasant zunehmender Technologiewettläufe sowie des Umstands, dass zwei Drittel der Forschungsausgaben von Unternehmen kommen, ist es aus Sicht der IV enorm wichtig,

„Forschung und Kompetenzaufbau sind strategischer Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des österreichischen Wirtschaftsstandorts.“

bei der Neubesetzung der Ratsversammlung auch starke Stimmen für Technologiepolitik vorzusehen – denn Forschung und Kompetenzaufbau zu Schlüsseltechnologien sind strategischer Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des österreichischen wie europäischen Wirtschaftsstandorts.

Die Ratsversammlung des FWIT-Rats soll aus zwölf Mitgliedern bestehen, die jeweils auf vier Jahre bestellt werden – eine einmalige Wiederbestellung ist möglich. Das ratsvorsitzende Mitglied vorzuschlagen obliegt dem Bundeskanzler bzw. der Bundeskanzlerin in Abstimmung mit dem Vizekanzler bzw. der Vizekanzlerin. Sechs Mitglieder werden vom Wissenschaftsministerium (BMBWF) vorgeschlagen, vier Mitglieder vom Klima- und Technologieministerium (BMK) und ein Mitglied vom Wirtschaftsministerium (BMAW). Neu ist ein acht Mitglieder umfassender Aufsichtsrat für den FWIT-Rat, wobei die drei FTI-Ministerien je zwei Mitglieder bestellen, Bundeskanzleramt und Finanzministerium jeweils eines. Die Bestellung der Mitglieder der Ratsversammlung sowie des Aufsichtsrats soll dem Gesetzesentwurf nach bis 30. April erfolgen. Die Geschäftsführung soll nach Ausschreibung bis Ende September bestellt werden.

Sparringprogramm bringt mehr Frauen in Aufsichtsräte

Der erste Jahrgang des Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“ ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Aufsichtsräte nehmen als Kontrollgremium in Unternehmen eine wichtige Rolle ein – und es handle sich um eine Vertrauensposition, erklärte IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka beim Abschluss des ersten Jahrgangs des Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“, das die IV gemeinsam mit dem Verein zur Förderung von Arbeit ABZ* Austria ins Leben gerufen hat. „Das Programm geht über ein Ausbildungsprogramm hinaus. Es

geht um die Kraft des Netzwerks und um dessen Weiterentwicklung“, erklärte Herlitschka, die als Vorstandsvorsitzende der Infineon Austria selbst ein börsennotiertes Unternehmen leitet. Sie weiß, dass in den Aufsichtsratsgremien nach wie vor zu wenige Frauen sitzen, und genau hier will das Programm auch ansetzen.

Austausch auf Augenhöhe

Im ersten Durchgang wurden 20 Frauen ausgewählt, die fachlich und durch ihre

berufliche Laufbahn als Aufsichtsrätinnen hoch qualifiziert sind. Sie bilden mit erfahrenen Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräten jeweils ein Sparringtandem. Eine dieser Sparringpartnerinnen ist Karin Exner-Wöhler, Vorstandsvorsitzende der Salzburger Aluminium AG und Aufsichtsratsmitglied der Telekom Austria AG. „Je bunter ein Aufsichtsrat zusammengesetzt ist, desto wirkungsvoller ist er – das gilt nicht nur für die Zusammensetzung nach Geschlecht, sondern auch für jene nach Alter, Herkunft und Kompetenzen“, sagte Exner-Wöhler am Rande des 13. Aufsichtsratsstags der WU Wien. Sie hat in dem Sparringprogramm ein Tandem mit Katharina Zeitlhofer gebildet; Zeitlhofer ist bei Palfinger als Vice President Corp. GRC / Group Accounting / Taxes tätig und hat im Laufe des Sparringprogramms eine Rolle im Aufsichtsrat des Familienunternehmens Gebauer & Griller angenommen.

Am Programm schätze sie nicht nur den „perfekten Match“ mit Exner-Wöhler und den „Austausch auf Augenhöhe“, sondern auch die regelmäßigen Treffen der gesamten Gruppe aus erfahrenen und angehenden Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräten – ein Netzwerk, das auch in der Vermittlung zwischen Unternehmen und

Aufsichtsratskandidaten und -kandidatinnen eine große Rolle spielt, denn solche Positionen werden in Österreich nicht von Headhuntern besetzt und basieren auf einem starken Vertrauensverhältnis, wie Exner-Wöhler erklärt.

Programm wird fortgesetzt

Der Frauenanteil in den Aufsichtsräten bzw. Verwaltungsräten der österreichischen börsennotierten Unternehmen ist in den letzten Jahren durchaus angestiegen. Während er im Juli 2015 lediglich 17 Prozent betrug, liegt er mittlerweile bei 29,8 Prozent. Diese Entwicklung sei grundsätzlich erfreulich, dennoch gebe es noch viel Potenzial auszuschöpfen, betonte Herlitschka. Der zweite Durchgang des Sparringprogramms ist bereits in Vorbereitung und ausgebaut.



Katharina Zeitlhofer (l.) und Karin Exner-Wöhler.



Bei der Abschlussveranstaltung des Sparringprogramms.



Sabine Herlitschka.

Knill: „Wer die Technologie beherrscht, bestimmt über die Zukunft“

Die österreichische Industrie weist bei innovativen Technologien ein enormes Wachstumspotenzial auf. Dafür braucht es dringend qualifizierte Fachkräfte.

Im allgemeinen Arbeitskräftemangel sticht ein Bereich in Österreich besonders hervor, der gerade für wichtige Zukunftsfragen relevant ist: Fachkräfte in Schlüsseltechnologien. Dazu zählen die Mikro- und Nanoelektronik, Nanotechnologie, Photonik, industrielle Biotechnologie sowie fortschrittliche Fertigungstechnologien und Materialien, die ein Wachstumsmotor der österreichischen Industrie sind. In diesen Berufsbereichen ist die Beschäftigung in den vergangenen Jahren mit 1,6 Prozent pro Jahr überdurchschnittlich gewachsen. Die dort dringend benötigten Fachkräfte brauchen spezialisiertes Wissen und Qualifikationen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). 58.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen in diesen Bereichen bis zum Jahr 2029, rechnet das Economica-Institut in einer aktuellen Studie vor.

„Unsere heimische Industrie setzt stark auf Schlüsseltechnologien und gewinnt damit an Wirtschafts- und Innovationskraft, quer über

alle Branchen. Nur wenn wir es schaffen, die besten Köpfe und Hände auszubilden, im Land zu halten und darüber hinaus ausländische Talente für Österreich zu gewinnen, werden wir die Innovationskraft absichern und an Technologiesouveränität gewinnen können. Denn wer die Technologie beherrscht, bestimmt über die Zukunft“, sagte IV-Präsident Georg Knill bei der Präsentation der Studienergebnisse.

MINT-Bildung stärken

Zunächst sollte beim heimischen Talentepool angesetzt werden. Um ihn in diesen Bereichen entsprechend zu erweitern, müsse bei der Bildung angesetzt werden, erklärte Matthias Unger von der Jungen Industrie. „Und Bildung beginnt schon bei den Kleinsten unter uns. MINT-Inhalte im elementarpädagogischen Bereich zu vermitteln ist essenziell, um früh das Interesse und die Begeisterung der Kinder für Technik zu wecken.“ Auch bei den HTLs sieht er großes Potenzial: „Gerade HTLs sind eine der Stärken im

österreichischen Bildungssystem und wichtige Bausteine für den Erfolg des Technologiestandorts Österreich“, so Unger.

„Unsere heimische Industrie setzt stark auf Schlüsseltechnologien und gewinnt damit an Wirtschafts- und Innovationskraft.“

Tatsächlich fehlen in Österreich allein aufgrund des demografischen Strukturwandels 461.000 Personen im erwerbsfähigen Alter auf Sicht der nächsten zwölf Jahre. Der

wirtschaftliche Aufschwung wird den Bedarf weiter erhöhen; hinzu kommt der Mehrbedarf in Schlüsseltechnologieberufen. „Somit ist die Arbeitskräftelücke mit mehr als einer halben Million Beschäftigten in Österreich zu beziffern. Durch den Abbau von Arbeitslosigkeit wird sich diese bei Weitem nicht schließen lassen“, so Economica-Chef Christian Helmenstein.

Die Industrie empfiehlt daher einerseits, den angekündigten „MINT-Masterplan“ auf die Zielsetzung der Bundesregierung auszurichten, die Zahl der MINT-Graduierten bis 2030 um 20 Prozent zu erhöhen. Außerdem braucht es klare Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, um die Leistungspotenziale im Land zu erhöhen: kurzfristig beispielsweise steuerliche Anreize für Überstunden und einen Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit, zudem Entlastung für Menschen, die nach Antritt des Pensionsalters in Beschäftigung bleiben, bis hin zu Anreizen zur Mitarbeiterbindung durch Vergünstigungen im Bereich Wohnen.

WER IN ÖSTERREICH WERTPAPIERE BESITZT

Männer und Frauen



Wählergruppen

ÖVP 34 %

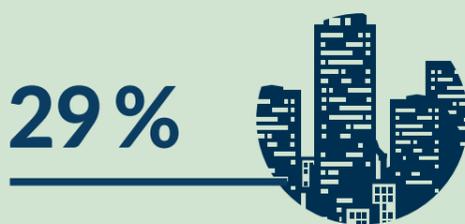
SPÖ 24 %

FPÖ 18 %

Grüne 41 %

NEOS 40 %

Land und Stadt



WELCHE WERTPAPIERE ÖSTERREICHER BESITZEN

22 % Investmentfonds/ETFs

6 % Anleihen

13 % Aktien

INVESTMENT-TU

Aktien und Co werden in Österreich immer beliebter. Mit den richtigen Anreizen sind sie eine wichtige Säule der Altersvorsorge – und ein Turbo für die grüne Transformation.

Jeder vierte Österreicher besitzt bereits Wertpapiere. Am beliebtesten sind ETFs, gefolgt von Aktien. Das ergab das aktuelle Aktienbarometer (Umfragesample 2.000, Schwankungsbreite +/-2,2%), in dem Marktforscher Peter Hajek im Auftrag von Aktienforum, IV und Wiener Börse im Jänner das Anlageverhalten in Österreich erhob. Österreich ist zwar nach wie vor eine Sparbuch-Nation, es wird aber immer stärker diversifiziert: Vor drei Jahren lag der Anteil der Wertpapierbesitzer bei einer Kapitalmarktumfrage von Hajek noch bei lediglich 14 Prozent. Und: Fast ein Viertel jener, die noch keine Wertpapiere besitzen, haben grundsätzlich Interesse an einem Investment signalisiert, und 80 Prozent der Aktienbesitzer wollen in weitere Papiere investieren.

„Wertpapiere sind in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.“

Robert Ottel
Aktienforum

Entgegen dem Klischee

Spannend ist auch die Frage nach dem typischen Wertpapierbesitzer in Österreich. So legen 32 Prozent der Männer ihr Geld auf diese Weise an, aber auch schon fast jede fünfte Frau. Das Klischee, dass Wertpapiere nur für Menschen mit sehr hohem Einkommen interessant sind, bestätigte sich in der Befragung nicht: Rund die Hälfte der Befragten gab an, monatlich weniger als 3000 Euro netto zu verdienen. Abgefragt wurden erstmals auch die Präferenzen hinsichtlich politischer Parteien; besonders viele Aktienbesitzer finden sich demnach unter den Wählern der Grünen und der NEOS. Im Bundesländervergleich sticht mit Oberösterreich ein Bundesland mit starker Industrielandschaft und vielen börsennotierten heimischen Unternehmen hervor. „Das Aktienbarometer 2023 zeigt deutlich, dass Wertpapiere in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind – um diese positive Entwicklung weiter zu fördern, braucht es jetzt deutliche Anreize, denn mit der Altersvorsorge und der grünen Transformation gilt es, zwei große

Herausforderungen zu meistern“, sagt Robert Ottel, Präsident des Aktienforums.

Wertpapiere als Vorsorge

Österreich wird immer älter, und das wird nicht nur für den Arbeitsmarkt die zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre. Es ist auch ein großes Problem für das umlagenfinanzierte Pensionssystem. „Während 1950 auf eine Person im Pensionsalter noch sechs Personen im erwerbsfähigen Alter kamen, so sind es heute nur noch drei Personen; 2040 werden es nur noch zwei sein“, sagte Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas bei der Präsentation der aktuellen Zahlen Ende November. Die Rolle der privaten Altersvorsorge wird folglich immer größer. „Hier gilt es jetzt, alle Register zu ziehen, denn eine Altersvorsorge ist klarerweise immer ein Langzeitinvestment. Insbesondere bei Frauen ist private Altersvorsorge eine zentrale Säule, denn derzeit liegt die Höhe der Pensionsbezüge durchschnittlich rund 41 Prozent unter jener der Männer, was unter anderem auch der hohen Teilzeitquote geschuldet ist“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Dass auch immer mehr Frauen ihr Geld in Wertpapieren anlegen, ist insofern eine sehr positive Entwicklung, die unterstützt werden sollte. Auch gesamtgesellschaftlich ist die stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Aktienmarkt eine gute Sache, da sie eine aktive Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht und so auch das Verständnis für Unternehmertum stärkt“, so Neumayer.

Financial Literacy

Die Rezepte, die diese Entwicklung fördern würden, liegen längst auf dem Tisch. Bereits in den Vorjahren hat das Aktienbarometer deutlich gezeigt, dass Wissen der Schlüssel zu dieser Anlageform ist. Auch heuer haben 72 Prozent jener, die noch keine Wertpapiere besitzen, angegeben, zu wenig über den Markt zu wissen. „Mit der besseren Integration von Finanzbildung in die Lehrpläne der Schulen und einem breiten außerschulischen Angebot kann man hier gezielt gegensteuern, und die Ergebnisse des Barometers zeigen, wie groß der Bedarf ist“, sagt Ottel. IV und Aktienforum setzen sich bereits seit Jahren intensiv für eine Stärkung der „Financial Literacy“ ein – umgesetzt wurde bereits der Einsatz eines Finanzwissenstests der OECD im Rahmen des PISA-Tests, dessen erste Ergebnisse für 2024 erwartet werden.

Steuerliche Anreize

Gleichzeitig ist die Kapitalertragssteuer, die

URBO FÜR DIE ZUKUNFT

auf Aktiengewinne anfällt, mit derzeit 27,5 Prozent im internationalen Vergleich sehr hoch. Österreich gehört laut einer Economica-Studie aus 2022 zu einem sehr kleinen Kreis an Staaten, die Wertzuwächse ohne Ausnahmebestimmungen besteuern. „Österreich ist praktisch das einzige Land, das gar keine Anreize auf Kapitalerträge setzt. Gerade in Hinblick auf die Altersvorsorge ist das nicht mehr zeitgemäß“, sagt Ottel und pocht auf die rasche Umsetzung der von der Regierung bereits angekündigten steuerlichen Begünstigung von Wertpapiergewinnen für die Altersvorsorge. Die Idee: Werden Aktien einen bestimmten Zeitraum gehalten, entfällt bei einem Verkauf nach dieser Frist die Kapitalertragssteuer auf die Gewinne. Vergleichbare Modelle gibt es bereits in Ländern wie Frankreich, Kroatien, Luxemburg, Slowakei, Slowenien, Tschechien, den USA oder Japan. „Das würde langfristige Anlagestrategien zur finanziellen Vorsorge unterstützen, kurzfristiges spekulatives Verhalten aber weiterhin besteuern“, erklärt Ottel.

Grüner Kapitalmarkt

Das wachsende Interesse an Wertpapieren in Österreich ist nicht zuletzt auch eine gute Nachricht für große Zukunftsfragen. Die grüne Transformation und entsprechende Innovationen erfordern hohe Investitionen, die der öffentliche Sektor und der Bankensektor nicht alleine stemmen können. Der Stärkung des Eigenkapitals innovativer Unternehmen kommt daher eine entscheidende Rolle zu, und die Basis dafür ist ein selbstbewusster europäischer Kapitalmarkt mit ausreichender Liquidität. „Bei Nachhaltigkeitskriterien nimmt Europa eine Vorbildfunktion für die ganze Welt ein. Um die Industrie bei der notwendigen und teuren Transformation entsprechend zu unterstützen, ist es aber wichtig, nicht nur bereits in allen Aspekten grüne Werte zu berücksichtigen“, sagt Neumayer. Wenn es gelinge, hier in der EU einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verfolgen, könne der Kapitalmarkt in Europa entscheidend zur Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Standorts beitragen.



„Aktien schlagen langfristig alle anderen Anlageformen“

Christoph Boschan ist CEO der Wiener Börse und analysiert im Interview die Ergebnisse des Aktienbarometers 2023.

Die Österreicher haben rund 40 Prozent ihres Vermögens auf Sparbüchern und Girokonten, wo es aufgrund der Inflation schmilzt. Rechnen Sie durch das Steigen der Sparzinsen mit einer Kehrtwende – zahlt sich Sparen wieder aus?

Christoph Boschan: Auch wenn das Sparbuch in Österreich derzeit noch die überwiegende Anlageform ist, so besitzen immerhin inzwischen 25 Prozent der Bevölkerung Wertpapiere – ein zunehmender Trend. Und die Bevölkerung liegt damit richtig, denn rein nach Rendite schlagen Aktien langfristig alle anderen Anlageformen. Man muss dafür aber kurzfristige Schwankungen aushalten. Aktien liegen im langfristigen Vergleich vor allen anderen Anlageformen wie dem Sparbuch, Immobilien, Lebensversicherungen, Gold und vielen mehr. Der Schlüssel zur weiteren Aktivierung von privatem Kapital ist oftmals Wissen, und hier sollte weiter zur Stärkung angesetzt werden.

Die Hajek-Erhebung zeigt, dass Österreich aufholt. In den USA ist Wertpapierbesitz bereits breit etabliert – jeder Zweite besitzt dort Wertpapiere. Was sind die historischen Gründe für diesen Unterschied?

Das Aktienbarometer 2023 zeigt tatsächlich eine Verbesserung der Investmentkultur hierzulande. Historisch betrachtet können in den USA mehrere Generationen auf enorme Anlageerfolge zurückblicken, und dies beeinflusst natürlich die Einstellung der Nachkommen zu diesem Thema. Das breite Sozialsystem hierzulande und die Unterschiede in der Altersvorsorge sorgen ebenfalls für unterschiedliche Notwendigkeit, am Kapitalmarkt

aktiv zu werden. Zunehmend wird aber auch bei uns erkannt, dass ein selbstbewusstes Engagement am Kapitalmarkt lohnend ist.

Was sind die positivsten Effekte in Ländern mit sehr starken Kapitalmärkten und wo steht Österreich im internationalen Vergleich?

Länder mit starken Kapitalmärkten haben größeres und schnelleres Wachstum sowie einen stärkeren Hebel in Bezug auf die notwendige Transformation in die Wirtschaft der Zukunft. Für alle gesellschaftlichen Megathemen und Herausforderungen wie Innovation, alternde Gesellschaft, Klimawandel braucht es diesen Kapitalmarkt. Um den Hebel besser zu nutzen, muss der Kapitalmarkt aber entwickelt sein respektive werden. Österreich hat hier im internationalen Vergleich noch Potenzial.

In Österreich gibt es viele Unternehmen, die in ihrem Bereich bereits Weltmarktführer sind. Wie kann man diese an die Börse bringen?

Kein anderes Finanzierungsinstrument bietet Unternehmern so viel Kapital, Sichtbarkeit und sinnvolle Ordnung wie ein Börsengang. Neben der Stärkung der Eigenkapitalbasis und der Erhöhung der finanziellen Flexibilität werden die Unternehmen bekannter und zum Beispiel als Arbeitgeber und Lieferant attraktiver. Vorteile wie Wachstum, Innovation sowie Wettbewerbsfähigkeit sollten von den Unternehmen erkannt und die Chancen auch genutzt werden. Es gibt in Österreich eine



Reihe an spannenden Kandidaten. Für das erfolgreiche Debüt an der Börse sind das richtige Marktumfeld und Zeitfenster sowie gute Vorbereitung entscheidend.

Welche politischen Maßnahmen würden den österreichischen Kapitalmarkt aus Ihrer Sicht weiterbringen?

Der Kapitalmarkt bietet wie bereits erwähnt Lösungen für viele gesellschaftliche Herausforderungen. Privates Kapital ist in Form von Spareinlagen in Milliardenhöhe vorhanden und stellt eine gute Grundlage für die Entwicklung einer starken Aktionärsbasis dar. Um das Kapital aber zu aktivieren, braucht es Anreize. Die Wiedereinführung einer Behaltfrist sowie der Ausbau der zweiten und dritten Säule der Pensionsvorsorge sind dabei wichtige Maßnahmen. Für börsennotierte Unternehmen ist außerdem eine stringente Orientierung an internationalen Standards in der Gesetzgebung relevant. Nicht zuletzt sind die Staatsbeteiligungen an der Börse ein Vorbild für die Schaffung von Wohlstand durch private Beteiligung. Die börsliche Dreifaltigkeit Kapital, Sichtbarkeit und Ordnung ist ein wahrer Heilsbringer.

IV-Initiativen für ukrainische Jugendliche in Österreich

Die IV unterstützt vom Krieg vertriebene High Potentials bei ihrem MINT-Studium und zeigt die Chancen auf, die eine Lehre in Österreich bietet.

Ein Jahr nach Ausbruch des Kriegs intensiviert die Industriellenvereinigung ihr Engagement für die ukrainische Community. Nach der erfolgreichen Spendenaktion „Unsere Industrie hilft“ unterstützt der IV-Bereich Bildung und Gesellschaft nun junge Ukrainerinnen und Ukrainer dabei, ihren Einstieg ins österreichische Bildungswesen erfolgreich und nachhaltig zu bewältigen.

IV-MINT-Stipendium für High Potentials aus der Ukraine

Ziel dieses IV-Stipendiums ist es, vom Krieg vertriebene High Potentials bei ihrem MINT-Studium (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) an einer österreichischen Hochschule zu unterstützen. Zur Bewerbung eingeladen waren ordentliche Bachelor- oder Masterstudierende sowie außerordentliche Studierende, die sich im Rahmen eines Vorstudienlehrgangs auf ein MINT-Studium vorbereiten und bereits exzellente Ergebnisse bei Wissenschaftswettbewerben in der Ukraine erzielt haben.

Verliehen wurde das mit jeweils 5.500 Euro dotierte Stipendium am 6. März im Rahmen

einer festlichen Verleihungsveranstaltung im Haus der Industrie. Neben den Festgästen – u.a. Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in Österreich, und Doris Wagner, Sektionschefin im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) – und begleitet von der ukrainischen Violinistin Vira Zhuk freuten sich drei junge Nachwuchstalente über diese Anerkennung: Pavlo Slyvka, Studierender des Zweigs Mechatronik, Design und Innovation am Management Center Innsbruck, sowie Yelyzaveta Chernova und Yurii Chubenko, die sich beide an der TU Graz im Rahmen eines Vorstudienlehrgangs auf die Bachelorstudien Software Engineering and Management bzw. Information and Computer Engineering vorbereiten.

Informationsinitiative zu den Ausbildungsmöglichkeiten in der Industrie

Einige Stunden davor hatten bereits vier Wiener Mitgliedsunternehmen (A1, ÖBB, Siemens und die Wiener Stadtwerke) über 160 ukrainischen Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren ihre Ausbildungsangebote und die damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten vorgestellt. Diese von IV und IV-Wien initiierte kleine „Berufsmesse“ fand



im Rahmen der von der Bildungsdirektion Wien etablierten und vom BMBWF ermöglichten „Übergangslerngänge“ statt. Gerade die duale Lehrausbildung ist in vielen osteuropäischen Staaten kaum bekannt; umso mehr ist es Anliegen der Industrie, die mit ihr verbundenen Chancen und Vorteile einer Ausbildung und Karriere in der Industrie in den Vordergrund zu rücken. Viele

ukrainische Jugendliche können auf eine solide Grundbildung und mitunter fundierte Deutschkenntnisse verweisen.

Unter Anwesenheit von Bildungsdirektor Heinrich Himmer, dem Bildungskordinator des Bundes Daniel Landau und Sektionschefin Wagner konnten sich die Jugendlichen direkt (oder mit Übersetzung des anwesenden Lehrpersonals) mit den Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmen austauschen. Für die Eltern wurde Informationsmaterial in ukrainischer Sprache inklusive Kontaktmöglichkeiten zu den Unternehmen vorbereitet. Ähnliche Veranstaltungen fanden und finden als Kooperation zwischen Bundes-IV und IV-Landesgruppen in vier weiteren Bundesländern statt.

Im Bild:

Vorne, v.l.n.r.: Gudrun Feucht, stellv. Bereichsleiterin Bildung und Gesellschaft, IV, Doris Wagner, Sektionschefin BMBWF, Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in der Republik Österreich, Peter Koren, Vize-Generalsekretär der IV, Ilga Johler, Trainee Bildung und Gesellschaft, IV.

Hinten, v.l.n.r.: Yurii Budnychenko, Erster Botschaftssekretär, Wolfgang Haidinger, Bereich Forschung, Technologie und Innovation, IV, Yurii Chubenko, Stipendiat, Pavlo Slyvka, Stipendiat, Michael Eichmair, Universität Wien.



AKTUELLES IN KÜRZE

BM Polaschek zu Gast im IV-Bildungsausschuss

Bildungsminister Polaschek stellte die aktuellen Herausforderungen und Arbeitsschwerpunkte des Bildungsressorts vor und spannte den thematischen Bogen von der Elementarbildung über „Bildungspflicht & Mittlere Reife“ bis hin zum Lehrermangel und den neuen Lehrplänen inklusive des neuen Unterrichtsfachs „Digitale Grundbildung“. Prof. Norbert Pachler, Professor of Education, University College London, präsentierte ergänzend dazu Maßnahmen gegen den Lehrermangel aus dem Vereinigten Königreich.

Im Bild: Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Christine Schwarz-Fuchs, Vorsitzende des IV-Ausschusses für Bildungspolitik.



Quereinstieg in Bildungseinrichtungen

Die ersten vier Monate der Kampagne „Klasse Job“ widmete das Bildungsministerium potenziellen Quereinsteigern und Quereinsteigerinnen. Nach abgeschlossenem Bachelorstudium und dreijähriger Arbeitserfahrung kann man sich online bewerben. Falls man die Voraussetzungen erfüllt, ist ein dreistufiges Zertifizierungsverfahren zu durchlaufen. Ist dieses abgeschlossen, steht einer Bewerbung an einer AHS, MS oder BMHS und einem Einstieg in das normale Lehrergehaltsschema nichts entgegen. Die pädagogische Ausbildung erfolgt durch ein berufsbegleitendes Studium.

Bereits 1000 Personen sind dem Aufruf gefolgt und durchlaufen gerade das Zertifizierungsverfahren. Die ersten 300 bis 400 davon könnten im September schon in den Klassenzimmern stehen.

Durch ihre erworbene Praxis aus anderen Berufsfeldern bringen die Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen Lebenserfahrung mit, die der gesamten Schule zugutekommt. Sichtweisen aus der Berufswelt lassen den Unterricht praxisnäher werden.

Die berufsbegleitende Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen muss nun ebenso zeitgemäß gestaltet werden. Lehrveranstaltungen für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sollten vorwiegend in der unterrichtsfreien Zeit angeboten werden, um die Doppelbelastung während des Schuljahrs bzw. Überschneidungen mit Unterrichtszeiten zu vermeiden. Außerdem muss die Ausbildung flexibel genug sein, um praktische Erfahrungen aus dem Schulalltag mit der Theorie über Pädagogik und Didaktik zu reflektieren.

Julia Aichhorn neue Bundesvorsitzende

Wechsel an der Spitze bei der Jungen Industrie: Julia Aichhorn folgt Matthias Unger, der nach drei Jahren den Vorsitz altersbedingt übergibt.



Ende Februar wurde Julia Aichhorn bei der JI-Bundesvorstandsklausur einstimmig zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Die 36-jährige Geschäftsführerin der Dr. Aichhorn GmbH sowie der GIG Karasek GmbH ist seit über vier Jahren Vorsitzende der JI-Steiermark, wo sie insbesondere das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits erfolgreich vorantreiben konnte. Dieses Amt wird sie mit Dominik Santner als Co-Vorsitzendem auch weiter ausüben.

„Beim Thema Kinderbetreuung sind wir in Österreich noch weit vom Ziel entfernt. Gerade Frauen sind mitunter aufgrund der

mangelnden Betreuungsangebote überdurchschnittlich oft gezwungen, in Teilzeit zu arbeiten. Das muss sich in Zeiten des Arbeitskräftemangels unbedingt ändern“, so Aichhorn in ihrem Antrittsstatement.

Die JI heißt Julia als neue Bundesvorsitzende herzlich willkommen! Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit. Dem bisherigen Vorsitzenden Matthias Unger danken wir vielmals für seinen unermüdlichen Einsatz als Vorsitzender der Organisation! Bis zum Ende der Funktionsperiode wird Matthias Unger gemeinsam mit Katharina Rhomberg-Shebl die Stellvertretung der Bundesvorsitzenden verantworten.



Abschied vom Vorsitz der Jungen Industrie

Nach über drei intensiven Jahren darf ich das Amt des Bundesvorsitzenden weitergeben.

Auch für den Vorsitzenden macht die Junge Industrie keine Ausnahme: Mit 40 heißt es Abschied nehmen.

Etwas mehr als drei Jahre durfte ich an der Spitze der Organisation stehen. Meine tagespolitische Agenda musste ich relativ schnell nach meinem Amtsantritt ad acta legen – wir befanden uns in einer Pandemie und direkt danach im Wirkungsbereich eines Kriegs, was uns in diesen rund drei Jahren (und darüber hinaus) intensiv beschäftigen sollte. Anstatt wichtige Reformen anzugehen, befand sich die Republik (mitunter verständlicherweise) im Krisenmodus.

Nichtsdestotrotz hat die Junge Industrie immer optimistisch nach vorne geblickt und trotz aller außertourlichen Ereignisse versucht, die Politik daran zu erinnern, auch Themen abseits der Krisen nicht aus den Augen zu verlieren.

So etwa beim Thema Generationengerechtigkeit bzw. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Was im Moment unter dem Titel „Vollzeit / Teilzeit“ debattiert wird, predigen wir schon seit einiger Zeit. Während es für die Junge Generation immer schwieriger wird, sich etwas aufzubauen, schüttet der Staat jährlich über ein Viertel seines Budgets für Pensionisten aus. Gleichzeitig sind Frauen hierzulande aufgrund des mangelnden Kinderbetreuungsangebots oftmals in der Teilzeitfalle.

Arbeiten muss für Leistungsträger attraktiver und fallweise ermöglicht werden! Und dabei sollten wir unbedingt auf Anreize statt auf Verbote setzen. Ein Fallen der Zuverdienstgrenzen in der Pension, steuerfreie Überstunden oder der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen würden hier beispielsweise wesentlich zu Lösungen beitragen.

Mit diesem Appell möchte ich mich für das Vertrauen, dass ich von den Mitgliedern der Jungen Industrie in den letzten drei Jahren genießen durfte, bedanken und wünsche meiner Nachfolgerin Julia Aichhorn viel Erfolg für das spannende Amt!

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Bundesvorstand zu Gast in Wien

Ende Februar kam der JI-Bundesvorstand in Wien zur jährlich stattfindenden Klausur zusammen.

Zwei Tage lang beschäftigten sich die Spitzenfunktionäre der Jungen Industrie im Rahmen eines begleiteten Strategieworkshops mit aktuellen und zukünftigen politischen sowie innerorganisatorischen Themen. Bei dem co-kreativen Workshop befasste sich der Bundesvorstand im World-Café-Format, bei einer Ideengalerie und einer Prototyping-Session mit der Frage: „Was will sich die JI heute und morgen vornehmen und wie geht man das an?“ Nach intensiven Diskussionen wurden schließlich gemeinsam neue Kernthemen festgelegt, mit denen sich sowohl die Bundesorganisation als auch die JI-Landesgruppen in den nächsten Monaten und Jahren inhaltlich beschäftigen sollen. Zudem hat man sich auf mehr Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Veranstaltungen zwischen den einzelnen Bundesländern und dem Bund geeinigt.



V. l. n. r.: Anna Hiltl (JI-Vorarlberg-Vorsitzende), Steven Blaha (JI-NÖ/Bgld-Vorsitzender) und Matthias Unger (ehem JI-Bundesvorsitzender) beim Erstellen von Prototypen zur Visualisierung der Ideen.



Der Strategieworkshop im Haus der Industrie.



Diskutieren in der Kleingruppe.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

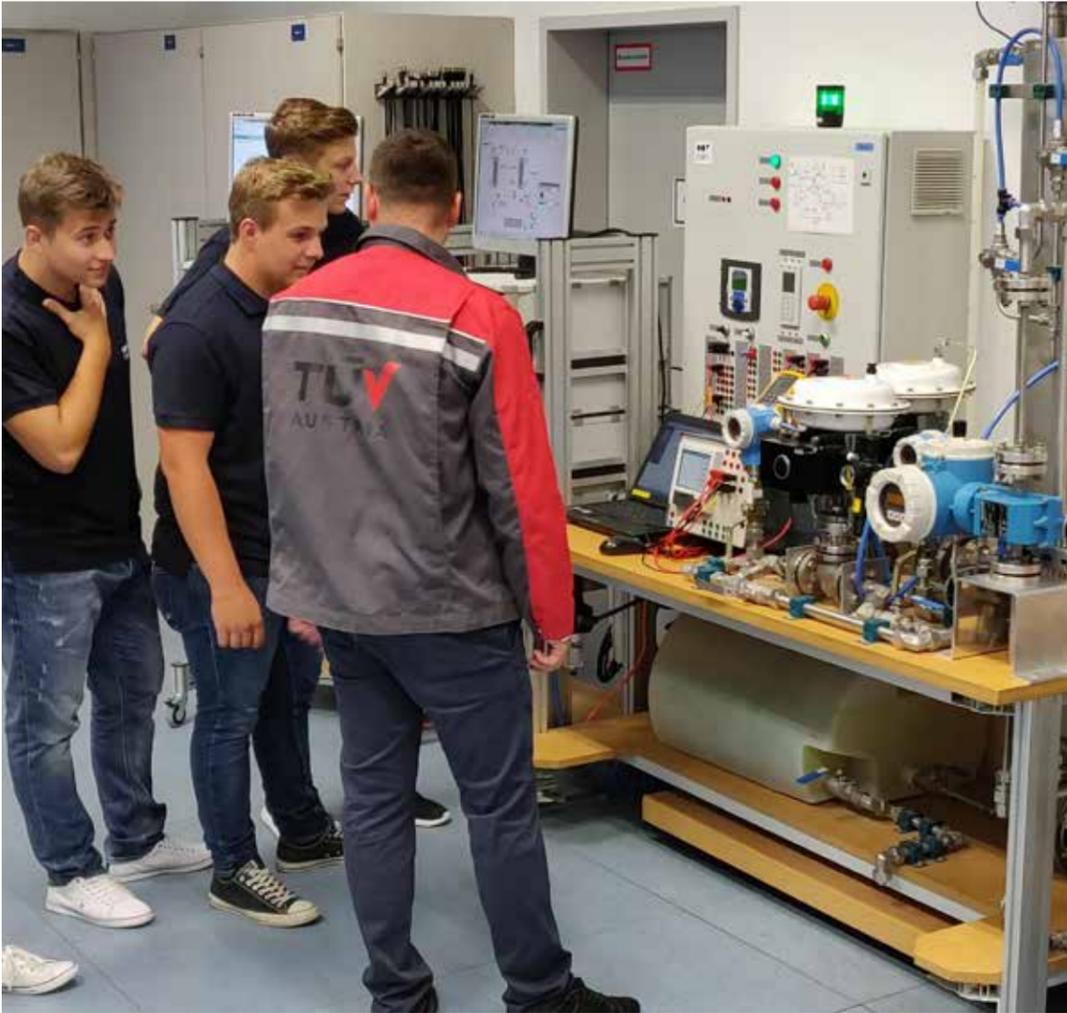
Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/ Landesmedienservice, IV-Kärnten, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ/Raiffeisen Landesbank OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Science Garden, IV-Tirol/Schreier, IV-Vorarlberg, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Eindrücke von den letzten Tagen der offenen Tür im Jahr 2018.

Endlich finden sie wieder statt: Die Tage der offenen Tür der NÖ Industrie

Von 27. bis 30. September können Niederösterreichs Industriebetriebe zeigen, was sie leisten. Die IV-NÖ unterstützt bei der Organisation und Gestaltung.

Groß ist die Freude, dass nach der erzwungenen coronapandemiebedingten Pause heuer endlich wieder die beliebten Tage der offenen Tür der NÖ Industrie stattfinden können. Der Termin ist mit 27. bis 30. September bereits fixiert. „Ziel der Veranstaltung ist es, noch mehr Interesse für die Industrie und ihre wichtige Rolle als Wohlstandsmotor zu erzeugen – direkt in den Regionen und bei allen Altersgruppen“, sagt Thomas Salzer, Präsident der Industriellenvereinigung Niederösterreich (IV-NÖ). Er hebt weiters hervor: „Außerdem geht es auch darum, Unternehmen bei der Suche nach qualifizierten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nach Nachwuchs zu unterstützen.“

Publikumsmagnet seit 2005

Die Veranstaltung wird von der IV-NÖ gemeinsam mit der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer NÖ (WKNÖ) seit 2005 organisiert und umgesetzt. Die Besucherinnen und Besucher erhalten dabei spannende Einblicke hinter die Kulissen: Was leistet die Industrie? Wo trifft man sie im Alltag? Welche Chancen bietet sie? Das Interesse an den Tagen der offenen Tür ist sehr groß: Bei der letzten Ausgabe im Jahr 2018 machten insgesamt 50 Unternehmen mit und es kamen mit 30.000 Menschen so viele wie noch nie.

Betriebe gestalten Programm selbst

Für die blau-gelben Produktionsbetriebe ist daher eine Teilnahme an der Veranstaltung eine große Chance, in direkten Kontakt mit der Bevölkerung in der Gegend, potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder künftigem Lehrlingsnachwuchs zu kommen. Es bleibt den Unternehmen selbst überlassen, ob sie an allen Tagen oder nur an ausgewählten Tagen teilnehmen möchten. Auch das Programm, das den Gästen angeboten wird, kann völlig selbst bestimmt werden. Bei vergangenen Veranstaltungen reichte das Spektrum von exklusiven Führungen für Schulklassen über Jubiläumsfeiern bis hin zu Werksrundgängen, Kinderprogramm und

Gewinnspielen. Die IV-NÖ unterstützt die an der Teilnahme interessierten Unternehmen mit umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit und organisatorisch. Es wird unter anderem ein Veranstaltungsleitfaden als kleine Hilfestellung für die Vorbereitung und Durchführung zur Verfügung gestellt.

TIPP

Am 28. März findet um 14.00 Uhr für alle interessierten Unternehmen eine Online-Informationsveranstaltung statt.

ERFOLGSGEHEIMNISSE: KAMINGESPRÄCH DER JUNGEN INDUSTRIE MIT DOMAGOJ DOLINSEK

Spannende Einblicke, offene Worte und viele Fragen prägt das erste Kamingespräch der Jungen Industrie NÖ/Bgld in diesem Jahr.

Das Séparée des Café Caspar nahe der Votivkirche in Wien war bis auf den letzten Platz gefüllt, als Domagoj Dolinsek, Gründer von PlanRadar, auf Einladung der Jungen Industrie NÖ/Bgld über sein Startup in der Baubranche erzählte. PlanRadar schaffte es, sich mit 30 Millionen Euro eines der größten Investments in der

österreichischen Startup-Geschichte zu sichern. Dolinsek, langjähriges Mitglied der JI, verriet im Rahmen seines Vortrags auch, was ihm persönlich Erfolg bedeutet: „Erfolg bedeutet für mich das Erreichen selbst gesteckter Ziele, die persönliche Zufriedenheit, aber auch finanzielle Sicherheit bringen.“ Zusätzlich gab der erfolgreiche Founder den interessierten Mitgliedern viele nützliche Tipps für ihren Erfolg als Jungunternehmer. Der wichtigste lautet: „Voller Fokus und volle Konsequenz bei der Umsetzung der eigenen

Idee, dabei Ausdauer beweisen und schrittweise, im laufenden Austausch mit den Kunden, den richtigen Weg zum Erfolg finden.“ Besonders spannend war auch die abschließende offene Debatte zum Thema (Eigen-) Verantwortung: Wann muss der Staat Verantwortung übernehmen, wann die Unternehmen und Startups selbst? Die Fragen gingen den JI-Mitgliedern lange nicht aus, aber am Ende siegte doch der Hunger und der Abend klang bei gemütlichem Netzwerken und Fingerfood aus.



V.l.: JI-Co-Vorsitzender Steven Blaha, PlanRadar-Gründer Domagoj Dolinsek, Christina Glocknitzer, JI-Co-Vorsitzende und Vizepräsidentin der IV-Bgld.

Große Bühne für nachhaltige Betriebe

Einreichungen für den TRIGOS-NÖ-Nachhaltigkeitspreis sind noch bis 31. März möglich.

Der Nachhaltigkeitspreis TRIGOS gilt als die renommierteste Auszeichnung des Landes für verantwortungsvolles Wirtschaften. Sie wird heuer zum 20. Mal vergeben. Interessierte Unternehmen können sich in Niederösterreich in vier Kategorien bewerben: „Vorbildliche Projekte“, „MitarbeiterInnen-Initiativen“, „Regionale Wertschöpfung“ und „Klimaschutz“. „Beim TRIGOS mitzumachen bietet eine einmalige Chance für Reflexion. Nachhaltiges Wirtschaften ist eines der wichtigsten Themen unserer Zeit. Die Einreichung ist für die Teilnehmer eine Art Blick ins Innere: Wo stehe ich? Wohin bewege ich mich? Wie gehe ich mit Problembereichen um, die gerade bestehen? Wo sind meine Chancen in der Zukunft?“, sagt TRIGOS-Verantwortlicher Hanspeter Wirth.

Gesucht werden Leuchttürme

Wirths wichtigste Tipps und Tricks für eine erfolgreiche TRIGOS-Teilnahme: „Es ist ein Unterschied, ob ein großer Konzern oder ein kleines regionales Unternehmen einreicht. Authentizität ist daher wichtig, gefragt ist ein roter Faden zwischen Einreicher, Beschreibung und Projekt. Am Ende des Tages entscheidet auch die Wirkung, der ‚Impact‘ auf

Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft. Handelt es sich bei dem Projekt um eine Eintagsfliege oder wird es im Unternehmen als Strategie umgesetzt?“ Prämiert werden Betriebe, die eine Führungsrolle und besondere Vorbildwirkung für verantwortungsvolles Wirtschaften und Nachhaltigkeit übernehmen und die zur Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft, Gesellschaft sowie Umwelt beitragen. „Wir suchen immer nach Leuchttürmen“, erklärt Wirth. Wesentliches Kriterium der Jury ist daher auch, ob andere Unternehmen die Siegerideen aufgreifen und umsetzen können.

Strenges Auswahlverfahren

Unternehmen aus Niederösterreich haben sogar eine doppelte Gewinnchance, da die Teilnahme automatisch sowohl für den regionalen TRIGOS NÖ als auch für den TRIGOS Österreich erfolgt. Nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren entscheidet die Jury über den Sieger in Niederösterreich. Die Bekanntgabe erfolgt im Herbst. Die Prämierungen des TRIGOS Österreich folgen dann am 4. Oktober im Rahmen einer Galaveranstaltung. Die Bewerbung für den TRIGOS sei zwar sehr aufwendig, sei es aber wert, unterstreicht Projektleiter Wirth: „Es ist eine sehr harte Nuss, diese Auszeichnung zu bekom-

men. Die Sieger können mit Fug und Recht behaupten, zu den nachhaltigsten Unternehmen Österreichs zu gehören.“

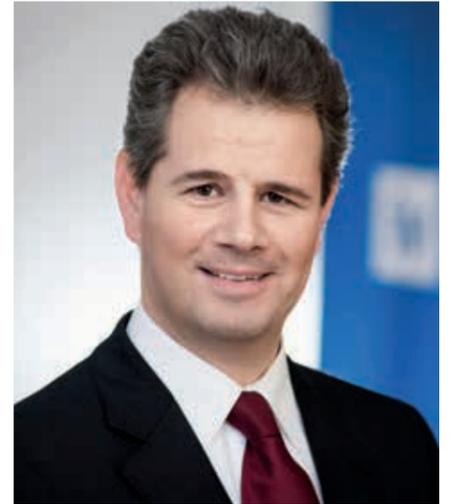
Niederösterreichs Betriebe vorn dabei

Laut Statistik haben Niederösterreichs Unternehmen beste Chancen: Seit Beginn des TRIGOS im Jahr 2004 gab es 410 Einreichungen aus Niederösterreich. Von diesen 410 Einreichungen wurden insgesamt 18 Unternehmen mit dem österreichweiten TRIGOS ausgezeichnet. Den regionalen TRIGOS NÖ gibt es seit 2011, er wird von der IV-NÖ unterstützt und alle zwei Jahre verliehen.



WEBTIPP

Alle Informationen sowie die Teilnahmebedingungen und Einreichmöglichkeiten finden Sie online: www.trigos.at



Es geht um die Zukunft

Schon bald wird in Niederösterreich die konstituierende Landtagssitzung stattfinden und die neue Regierung ihre Arbeit aufnehmen. Das Wahlergebnis am 29. Jänner hat zu einem großen Umbruch geführt: Die bisher absolut regierende ÖVP hat Stimmen und die Mehrheit in der Regierung verloren und muss jetzt eng mit anderen Parteien zusammenarbeiten. Bei der Partnerwahl hat sie wenig Spielraum. Grund dafür ist das Proporzsystem, das viele Bundesländer bereits abgeschafft haben, aber in Niederösterreich noch gilt. Dabei sind alle Parteien ab einer gewissen Stärke fix in der Landesregierung vertreten. Die ÖVP stellt nun vier, die FPÖ drei und die SPÖ zwei Mitglieder.

Ich wünsche mir, dass der bisher erfolgreiche Stil der Politik auch in einem nun bunteren Umfeld weitergeführt wird und strategisch an der Zukunft Niederösterreichs als Industriestandort mit gut bezahlten Arbeitsplätzen gearbeitet wird. Die niederösterreichische Landespolitik hat in der Vergangenheit gezeigt, dass man nicht nur ad hoc politisch reagiert, sondern das Bundesland langfristig weiterentwickeln will. Ob das gelingt, wird die Zeit zeigen. FPÖ-Chef Udo Landbauer schloss noch am Wahlabend eine Zusammenarbeit mit Johanna Mikl-Leitner aus; auch zur Landeshauptfrau werde man sie nicht wählen, hieß es. Ob die Freiheitlichen ihre Drohung wahr machen oder doch kooperativ sind, wird man sehen. Verweigert jedoch eine Partei die Zusammenarbeit, betreibt sie Opposition aus der Regierung heraus. Bei derartigen Handlungen sage ich klar: Wenn es eine Regierungspartei gibt, die nicht an einer strategischen, konstruktiven Entwicklung des Landes interessiert ist, sollten wir das Proporzsystem schnell abschaffen. Bezahlte Landesräte ohne Verantwortung können wir uns nicht leisten. Die Debatte dazu muss ernsthaft und rasch geführt werden, denn Opposition in der Regierung ist ein Hemmschuh für eine zukunftsorientierte Politik. Niederösterreich verdient gerade in den jetzigen Krisenzeiten mehr denn je eine tat- und schlagkräftige Regierung, die nach vorne blickt, Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft erarbeitet und den Wohlstand der Menschen sichert, statt mit internen Querelen beschäftigt zu sein.

Ihr

Thomas Salzer,
Präsident der IV-Niederösterreich

So könnte die Energie-Zukunft aussehen

Bei zwei weiteren morgendlichen Mitgliedercalls berichteten Fronius International GmbH, APG AG und Worthington Cylinders GmbH über Innovationen im Energiemanagement.

Auch im vergangenen Monat fanden wieder zwei spannende Online-Infoveranstaltungen zum IV-NÖ-Arbeitsschwerpunkt „Energie“ statt. Marko Sandic von der Fronius International GmbH hielt einen Impulsvortrag über energieautarke Industriebetriebe. Ein innovatives Zusammenspiel aus Photovoltaikanlage, modernen Wechselrichtern und Energiespeichern ermöglicht es mittlerweile, Sonnenenergie auch nachts oder bei Stromausfällen zu nutzen. „Damit kann der laufende Betrieb aufrechterhalten werden“, unterstrich Sandic. Energieautarke Lösungen sind derzeit vor allem in Ländern mit instabiler Strominfrastruktur sehr nachgefragt. „Sie machen aber bei den aktuellen Strompreisen auch in Österreich bereits Sinn“, so Sandic.

Das Potenzial von Wasserstoff

Wie die Zukunft Österreichs und Europas in Hinblick auf Wasserstoff aussehen könnte, haben Viktor Zeh von der Austria Power Grid AG (APG) und Radiša Nunić von der Worthington Cylinders GmbH näher betrachtet. Sie referierten etwa über neue Möglichkeiten, Wasserstoff aus überschüssiger erneuerbarer Energie zu erzeugen und dann als Treibstoff für Züge, Lkws oder Busse zu nutzen. Mit dem

Ausbau der erneuerbaren Energiequellen besteht eine Herausforderung der Zukunft darin, überschüssige Energie aus PV-Anlagen und Windrädern im Sommer zu speichern und für den Winter zu konservieren. Dafür sind ganzheitliche Lösungen notwendig. „Zum Beispiel könnte der Stromüberschuss in Gas, konkret in Wasserstoff umgewandelt werden und in der bereits bestehenden Gasinfrastruktur transportiert, gespeichert und genutzt werden“, sagte Zeh. Eine solche Pilotanlage aus dem Projekt „Power2Gas4Austria“ (P2G4A) soll 2027 in Betrieb gehen, um rechtzeitig mit erprobten Marktmodellen und ausgereiften technischen Lösungen Energie sektorübergreifend zu nutzen.



Energieautarke Lösungen haben großes Potenzial für die Industrie.

Weitere Energie-Calls geplant

Dass Wasserstoff keine Zukunftsvision ist, sondern schon jetzt Platz im Alltag hat, veranschaulichte Radiša Nunić. Mittlerweile sind einige Hundert Fahrzeuge in Österreich mit den Tanks und der Technologie von Worthington Cylinders unterwegs. Sicherheitsbedenken zerstreute Nunić: „Wasserstoff ist sicher, solange die Sicherheitsvorschriften befolgt werden. Wenn die Anlage von Fachleuten gebaut worden ist, ist sie als sicher anzusehen. Man muss jedenfalls die Wartungszeiträume ernst nehmen und die Mitarbeiter müssen gut geschult sein.“ Aufgrund des großen Interesses plant die IV-NÖ unter dem Arbeitsschwerpunkt „Energie“ weitere Calls.



„Wir haben uns gedacht, die haben sich in der Kommastelle geirrt“

Das niederösterreichische Kosmetikunternehmen GW Cosmetics ist im Bereich Augenbrauen- und Wimpernfarbe Weltmarktführer und lässt hier große internationale Konzerne hinter sich. Unternehmenseigentümer Rainer Deisenhammer über den Nachfrageboom während der Coronazeit, die wichtige Beziehung zu Lieferanten und die Chancen für „Made in Austria“.



RefectoCil heißt Ihr berühmtes Produkt. So gut wie jede Frau kennt es, aber die wenigsten wissen, dass es in Leopoldsdorf bei Wien produziert wird ...

Das stimmt, die meisten glauben, es kommt aus Frankreich oder den USA. Die Firma GW hieß früher Gschwendtner. Der Friseur Josef Gschwendtner begann 1930 in einem Hinterhof im neunten Wiener Gemeindebezirk, Haarfarben zu entwickeln und zu produzieren. Kurze Zeit später wurde mit RefectoCil das erste professionelle Färbemittel für Augenbrauen und Wimpern auf den Markt gebracht. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm ein Bekannter von Gschwendtner, ein Engländer, den Vertrieb des Produkts in Großbritannien und die internationale Erfolgsgeschichte nahm ihren Lauf. Ich habe das Unternehmen 2004 gekauft und konnte auf dieser Basis sehr gut aufbauen.

Wo liegen Ihre wichtigsten Märkte?

In absoluten Zahlen ist es sicher Deutschland, dann Großbritannien. Sehr gefragt sind wir auch in den nordischen Staaten, Polen

und Australien. In den USA sind wir auch aktiv, aber da gab es bisher ein Problem: Dort ist seit 1934 das bei uns gängige Färben von Wimpern und Augenbrauen mit oxidativen Farben nicht erlaubt. Wir haben unser Produkt bisher über einen Umweg als Spezial-Haarfarbe verkauft, wie das unsere Konkurrenten auch machen. Wir konnten aber keine Werbung dafür machen. Aus diesem Grund haben wir für den amerikanischen Markt eine neue Formulierung mit Silbernitrat entwickelt. Diese wurde 2022 zugelassen und wir haben auch ein Patent dafür. Nun dürfen wir in den USA offiziell Augenbrauen- und Wimpernfarbe verkaufen und diese auch entsprechend bewerben. Davon versprechen wir uns mittelfristig sehr viel.

Aus Ihren Schilderungen kann man schließen, dass das Geschäft gut läuft ...

Wir sind sehr zufrieden. Vor allem die Coronazeit hat uns einen Schub gegeben, der bis heute geblieben ist. Ich habe im März 2020, zu Beginn des ersten Lockdowns, eigentlich damit gerechnet, dass wir in diesem Jahr mindestens ein Viertel unseres Umsatzes einbüßen werden. Auf einmal kamen im April Aufträge aus Großbritannien, Australien – alle aus dem Retailbereich. Wir konnten es zunächst nicht glauben und haben uns gedacht, die haben sich in der Kommastelle geirrt. Damals mussten Friseursalons und Kosmetikerinnen geschlossen halten, aber das hat dem Do-it-yourself-Markt einen massiven Boom beschert.

Für Ihre Produkte benötigen Sie viele Vorprodukte und Rohstoffe. Inwiefern sind Sie von Lieferkettenproblematiken betroffen?

Wir haben schon vor Jahren begonnen,

uns weg von China und Fernost und wieder mehr Richtung Europa respektive USA zu bewegen. Dadurch wurden nicht nur die Transportwege verkürzt, es wurde auch die Kommunikation verbessert. Außerdem haben wir nie versucht, unsere Partner bis zum letzten Cent auszuquetschen. Das hat sich gerade in der jüngsten Vergangenheit bezahlt gemacht. Oft wurde uns gesagt: „Wir beliefern lieber euch als jemand anderen!“

Automatisierung und Digitalisierung sind in der produzierenden Industrie ein großes Thema. Wie sieht es bei Ihnen aus?

Wir sind sehr stark in diesem Bereich. Mein Ziel ist es, mit möglichst wenigen Mitarbeitern möglichst viel zu produzieren. Wir haben beispielsweise einen neuen Mascara-Füller. Früher benötigten wir vier Mitarbeiter für den Arbeitsprozess – das Füllen und Verschließen der Mascara-Fläschchen. Jetzt brauchen wir einen. Dieser überwacht den Ablauf und gewährleistet den Nachschub leerer Fläschchen.

Wenn Sie drei Dinge am Standort Niederösterreich ändern könnten, was würden Sie tun?

Wir sind erst 2009/2010 nach Leopoldsdorf gesiedelt, weil wir mehr Platz brauchten. Wir waren vorher in Wien, haben dort aber keinen passenden Standort gefunden. Die Gemeinde Leopoldsdorf hat uns damals sehr unterstützt, es gab auch Förderungen vom Land. Die Bürokratie war aber mühsam – wenn ich das gewusst hätte, hätte ich auf das Geld verzichtet. Aber abgesehen davon sind wir in Niederösterreich sehr zufrieden. Leopoldsdorf ist ideal gelegen: Nahe an der Autobahn, man ist rasch beim Flughafen und die Öffi-Anbindung aus Wien ist gut.

2030 wird 100 Jahre GW Cosmetics gefeiert. Wo sehen Sie das Unternehmen dann?

Wir wollen in den nächsten Jahren den Weg, den wir die vergangenen 20 Jahre gegangen sind, weitergehen. GW Cosmetics soll man kennen und wissen, wofür wir stehen: für Nachhaltigkeit, tolle Produkte und „Made in Austria“. Wir wollen uns als mittelgroßes Kosmetikunternehmen aus Österreich weiter global etablieren und zeigen, dass man auch hier erfolgreich kosmetische Produkte entwickeln, produzieren und vertreiben kann, nicht nur in Frankreich oder in anderen Nationen.

ZUM UNTERNEHMEN

Pro Jahr erzeugt GW Cosmetics mit rund 140 Beschäftigten etwa 16,6 Millionen Artikel. Das Sortiment umfasst 800 verschiedene Produkte, die in 81 Ländern erhältlich sind. GW Cosmetics produziert drei eigene Marken: RefectoCil für den Profi (Friseure, Schönheits- und Kosmetikinstitute), BeautyLash für zu Hause sowie die Naturkosmetik-Linie Master Lin. Daneben wird auch für Dritte entwickelt und produziert. In Wien und Salzburg gibt es darüber hinaus eigene RefectoCil Brow & Lash Bars.

Hier lesen Sie, was Rainer Deisenhammer vom Geschäftsjahr 2023 erwartet, was er zu Übernahmeangeboten sagt und ob Nachhaltigkeit auch in der Kosmetikproduktion ein Thema ist:

